

# Warum niemand protestiert

**ENDLAGER** Der Standortvorschlag der Nagra kommt überraschend gut an. Das hat drei Gründe.

**Luca Miozzari**

Am Montag hat die Nagra bekannt gegeben, wo sie ein Endlager für radioaktive Abfälle planen will: in «Nördlich Lägern» bei Bülach. Der oberirdische Zugang zum Lager soll im Haberstal in Stadel bei Niederglatt zu liegen kommen. Gemäss Nagra ist die Qualität und Stabilität des Gesteins in diesem Gebiet am besten für ein Endlager geeignet. «Es ist ein eindeutiger Entscheid. Die Geologie hat gesprochen», sagte Nagra-CEO Matthias Braun am Montag vor den Medien. Die zwei weiteren Gebiete, welche noch im Rennen waren (das Weinland und die Umgebung des bisherigen Zwischenlagers im Aargau), werden «zurückgestellt», sind also vorerst aus dem Schneider. Sie dienen nur noch als Reserveoptionen.

Das letzte Mal, als die Nagra sich auf einen Ort festgelegt hatte, an dem sie ein Endlager planen wollte, also in den 1990er-Jahren beim Wellenberg in Nidwalden, gab es massiven Widerstand vor Ort und von der lokalen Politik, die das Endlager schlussendlich verhinderten. Dieses Mal ist es ganz anders. Sowohl der Gemeindepräsident von Stadel als auch der Zürcher Regierungsrat Martin Neukom traten zusammen mit der Nagra und den zuständigen Bundesämtern vor die Medien und stützten das Vorgehen. Nicht einmal die Schaffhauser Behörden, welche gesetzlich zum Widerstand verpflichtet wären (eine Analyse der verschiedenen Rollen Schaffhausens im Endlagersuchprozess finden Sie in der AZ vom 18. August), positionierten sich explizit gegen den Standortvorschlag.

Wieso protestiert fast niemand? Was hat die Region überzeugt? Und was bedeutet der Entscheid für Schaffhausen?

Die Geologie kann es nicht sein, welche die geplante Standortregion vom Protest abhält. Denn fundierte Daten zum Standortvorschlag werden erst in etwa zwei Jahren veröffentlicht, wenn die Nagra beim Bund ein sogenanntes Rahmengesuch einreichen wird, das anschliessend von Bundesrat, Parlament und vermutlich der Stimmbevölkerung beurteilt wird (geplanter Baustart ist 2045).



So soll der Zugang zum Endlager im Haberstal einst aussehen.

zVg

Der fehlende Protest hat drei Gründe. Der erste ist der Standort selbst. Hätte die Nagra das Weinland gewählt, wäre der Widerstand mit Sicherheit grösser gewesen. Einerseits, weil die atomkritische und damit endlagerkritische Szene dort und in den angrenzenden Schaffhauser und Deutschen Gemeinden stärker ausgeprägt ist, als im Zürcher Unterland. Und ausserdem schlägt der Nagra weniger Misstrauen entgegen, weil sie mit dem gewählten Standort lernfähig und ergebnisoffen wirkt. Das Weinland galt schon lange als heimlicher Favorit der Nagra. Stattdessen hat sie nun den Standort gewählt, den sie einst selbst aus dem Rennen werfen wollte, aber auf äusseren Druck hin wieder auf die Kandidatenliste nehmen musste. Nun kann die Nagra sagen: Wir waren übervorsichtig, bei genauerem Hinsehen ist Nördlich Lägern doch besser. «Die Geologie hat gesprochen.» Diese Selbstgeisselung kommt gut an und ist gleichzeitig ein opportuner Beweis dafür, dass die Kontrollmechanismen im Prozess funktionieren.

Der zweite Grund ist politischer Natur. Regionaler Widerstand wäre nicht nur zwecklos, es gibt auch kein Gefäss dafür. Die gesamte Entscheidungskompetenz in Sachen Endlager liegt beim Bund, die Kantone können nicht einmal vor Bundesgericht klagen. Die einzige Möglichkeit zum politischen Widerstand bietet sich um das Jahr 2030. Dann können acht Kantone oder 50 000 Stimmberechtigte das Referendum

gegen die Rahmenbewilligung und somit gegen den Standort ergreifen. Die Referentinnen stünden dann allerdings der ganzen Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber, die ihren strahlenden Abfall endlich loswerden will.

Und drittens gibt es auch noch einen wirtschaftlichen Grund zur Zurückhaltung. Ein Atommülllager verursacht, unabhängig davon, wie sicher es ist, einen (Image-) Schaden für die Region. Für Abgeltungs-Zahlungen der Atomkonzerne an die Standortgemeinden gibt es aber keine rechtliche Grundlage. Diese Gelder sind also quasi freiwillig. Ob überhaupt, und falls ja in welchem Umfang, Geld fliesst, darüber müssen die Gemeinden direkt mit den Entsorgungspflichtigen verhandeln. Diese Verhandlungen sollen demnächst beginnen. Und weil politischer Widerstand sowieso zwecklos ist, gibt es keinen Grund, die Atomkonzerne unnötig zu verärgern.

Das gilt sowohl für die Zürcher Behörden, als auch für die in Schaffhausen. Denn mit Buchberg und Rüdlingen werden auch zwei Schaffhauser Gemeinden an den Abgeltungsverhandlungen teilnehmen. Statt den Standort wie noch vor Kurzem als «unzumutbar» zu bezeichnen, spricht der Regierungsrat in seiner Mitteilung nun bloss noch von einer «grossen Belastung für die Region». Der Kanton werde Buchberg und Rüdlingen in den Verhandlungen unterstützen, so der zuständige Regierungsrat Walter Vogelsanger gegenüber den SN.